

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

24. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 30. März 1971	Nummer 43
--------------	---	-----------

Die Auslieferung des Ministerialblattes Nr. 42 verzögert sich um einige Tage. Es wird gebeten, von Nachfragen abzusehen.

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
2128	10. 2. 1971	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Hinweise zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs	572

I.

2128

**Hinweise
zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 10. 2. 1971 — VI A 3 — 45.50.01

1 Zur Situation

Der Genuß von Rauschdrogen hat sich in den letzten Jahren auch in Nordrhein-Westfalen unter Jugendlichen und Heranwachsenden überraschend schnell ausgebreitet. Sein Ausmaß quantitativ zu erfassen, ist nicht möglich, so daß in der Praxis nur aufgrund der Zahl von Rauschgiftdelikten Entwicklungstrends erkennbar werden. Sie haben während der letzten Jahre um ein Vielfaches zugenommen.

Im Bundesgebiet stiegen sie

von 1003 Fällen 1965
auf 1891 Fälle 1968
und 4761 Fälle 1969 (= + 375%)

in Nordrhein-Westfalen

von 325 Fällen 1965
auf 411 Fälle 1968
und 1019 Fälle 1969 (= + 214%)
und 4208 Fälle 1970 (= + 313%)

Nach den Angaben des Innenministers NW wurden 88,5% der Delikte aufgeklärt.

Insgesamt wurden 1970 3922 Straftäter bekannt, davon 3322 männliche und 600 weibliche Täter.

Nach der Altersanalyse sind

27,7% der Täter 14—17 Jahre alt,
40,7% der Täter 18—20 Jahre alt,
16,3% der Täter 21—24 Jahre alt.

Vorwiegend handelt es sich um Schüler weiterführender Schulen.

Nach AMLER nehmen rd. 50 000 Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland regelmäßig Rauschmittel. Die Zahl der gelegentlichen Hascher ist um ein Vielfaches höher.

Wegen lebensgefährdender Drogenabhängigkeit bzw. Sucht werden in den Krankenhäusern der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe z. Z. etwa 250 Jugendliche stationär behandelt. Schon diese Entwicklung läßt erkennen, daß in zunehmendem Maße der Umstieg auf harte Drogen erfolgt ist.

2 Motivationen des Drogenmißbrauches

Der Konsum von Rauschdrogen hat nicht notwendigerweise Abhängigkeit zur Folge. Zwischen Rauschdrogen und Rauschgiften ist dabei sorgfältig zu unterscheiden. Auch Häufigkeit und Dauer der Anwendung sind im Einzelfall zu berücksichtigen. Nach groben Schätzungen ist unter den Jugendlichen, die Drogenerfahrung haben, mit einem Anteil von 5% unmittelbar Gefährdeter zu rechnen.

Entstehung und Ursachen der Drogenabhängigkeit sind vielschichtig und multifaktoriell. Ob ein Jugendlicher drogenabhängig wird, hängt neben der Heredität, der Charakterstruktur und der frühkindlichen Entwicklung von der aktuellen Umweltsituation sowie der Art und Zugänglichkeit der Drogen ab.

Nicht selten geschieht der Einstieg aus Neugier, Geltungsbedürfnis und dem Wunsch, „up to date“ zu sein.

3 Behördliche Maßnahmen**3.1 Öffentlichkeitsarbeit**

Dem zunehmenden Drogenge- und -mißbrauch durch Jugendliche kann nur durch eine rechtzeitig einsetzende sachliche Aufklärung und Beratung entgegengewirkt werden. Sie bedarf der Mitwirkung aller, die junge Menschen in ihrer Entwicklung entscheidend betreuen. In erster Linie sind dies Eltern, Erzieher und Ärzte.

Das Drogenproblem darf nicht isoliert betrachtet werden, sondern ist innerhalb der Gesamtsituation der Her-

anwachsenden zu sehen. Allerdings fehlt den Erwachsenen z. Z. noch das dafür notwendige Wissen. Der Informiertheit der Jugend steht in der Regel das Unwissen der Eltern und Lehrer gegenüber.

Gemeinsam mit dem Landesinstitut für schulpädagogische Bildung ist ein Fortbildungsprogramm für Lehrer und andere Schlüsselpersonen geplant, das jedoch nur einen begrenzten Personenkreis erreichen wird. Insbesondere von Seiten der Eltern, vor allem Elternpflegschaften, ist wiederholt der Wunsch geäußert worden, auch sie bei Informationsveranstaltungen zu berücksichtigen.

Es ist eine vorrangige Aufgabe der Gesundheitsämter, diese Öffentlichkeitsarbeit anzuregen und zu unterstützen. Der Mangel an eigenen geeigneten Ärzten und sonstigen Fachkennern macht dabei die Einschaltung anderer Kräfte unumgänglich.

Um die Planung zu erleichtern, füge ich eine Liste der Referenten an, die sich auf Umfrage bereit erklärt haben, bei Informationsveranstaltungen mitzuwirken. Durch die Einschaltung der Ärztekammern sind weitere Namen zu erwarten, die ich ergänzend bekanntgeben werde.

Für Informationsveranstaltungen für Schlüsselpersonen, insbesondere Eltern, Lehrer, Ärzte und Sozialarbeiter, können über den zuständigen Regierungspräsidenten Landesmittel in folgender Höhe zur Verfügung gestellt werden

für einen Vortrag von 60 Minuten Dauer 60,— DM
für die Teilnahme an einem Podiumsgespräch 30,— DM.

Die Informationen sollten neben den medizinischen auch den psychologischen und soziologischen Aspekten des Drogenproblems gerecht werden und folgende Voraussetzungen erfüllen:

- 3.11 die Situation weder verharmlosen noch unangemessen dramatisieren,
- 3.12 vor allem die entwicklungsbedingten Besonderheiten des Jugendlichen herausstellen,
- 3.13 Unterschiede zwischen Rauschmitteln und Rauschgiften klar abgrenzen und auf die Gefahren des Umsteigens hinweisen,
- 3.14 auf einen freien Erziehungsprozeß ohne Zwang und Drohungen hinwirken.

Die Programme sind dem Regierungspräsidenten rechtzeitig bekanntzugeben.

Aufklärungsvorträge für Schüler sollten ebenfalls so oft wie möglich angeboten werden. Sie sind jedoch als integrierender Bestandteil des schulärztlichen Dienstes anzusehen und damit Pflichtaufgabe der Gesundheitsämter.

Zuwendungen aus Landesmitteln sind für diesen Zweck nicht vorgesehen.

Geeignete Broschüren sind den Gesundheitsämtern und Schulen in größerer Zahl übersandt worden. Den kreisfreien Städten und Kreisen ist zu empfehlen, zusätzlich auch an Schüler Aufklärungsmaterial zu verteilen.

Ein Schmalfilm über LSD kann schon jetzt beim Landesfilmdienst ausgeliehen werden. Jeweils zwei weitere Filme werden in Kürze von der Landeszentrale für politische Bildung NW, Düsseldorf, Mannesmannufer 1a, und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln-Merheim, Ostmerheimer Straße 200, zur Verfügung stehen.

Die Gesundheitsämter werden zu gegebener Zeit darüber unterrichtet.

3.2 Beratungsstellen für Drogenabhängige

Neben der allgemeinen Aufklärung ist die Einrichtung besonderer Beratungsstellen für Drogenabhängige anzustreben. Ihre Dringlichkeit ist abhängig von der besonderen örtlichen Situation und der Bevölkerungsstruktur der Städte im Lande zu beurteilen.

Die Beratungsstelle sollte keinen nach außen erkennbaren Behördencharakter aufweisen und möglichst an einem neutralen Ort in Nähe des Stadtzentrums eingerichtet werden. Auf keinen Fall erscheint es sinnvoll, sie in die Beratungsstelle der Gesundheitsämter für psychisch Kranke zu integrieren.

Anlage

Die personelle Besetzung sollte eine sinnvolle Teamarbeit zwischen Arzt, Psychologen und Sozialarbeiter erwarten lassen. Gemeinsam mit dem betreuten Jugendlichen trifft dieses Team die Entscheidung über Art und Form der vorgesehenen Behandlung. Auch die Eltern des Drogengefährdeten sind in geeigneter Form in die Bemühungen um seine Wiedereingliederung in die Gesellschaft einzubeziehen.

Die Verbindung einer Beratungsstelle mit einer Jugendbegegnungsstätte kann u. U. sinnvoll sein, bedarf allerdings der sorgfältigen Überprüfung im Einzelfalle. Unter keinen Umständen kann der Genuß von Drogen an diesem Ort gestattet werden.

Inwieweit kurzfristige Übernachtungsmöglichkeiten vorzusehen sind, kann aufgrund der bisherigen Erfahrungen noch nicht endgültig beurteilt werden. Der dafür notwendige personelle und finanzielle Aufwand erweist sich bei den derzeitigen Planungen als schwer zu überbrücken.

3.3 Stationäre Unterbringung Drogenabhängiger

Indikationen für eine klinische Behandlung sind: akute Drogen- oder persönlichkeitspezifische Nebenreaktionen, das Vorliegen starker Entziehungssymptome, psychotische Symptome sowie Suicidneigung. Wer über Wochen regelmäßig Drogen gespritzt hat, ist als behandlungsbedürftig anzusehen.

Die Frage einer freiwilligen oder zwangsweise durchzuführenden stationären Behandlung Drogenabhängiger sollte nicht als Alternativlösung betrachtet werden. Ohne freiwillige Bereitschaft zur Behandlung, die allerdings primär nicht immer realisierbar ist, kann die Wiedereingliederung in die Gesellschaft nicht erwartet werden.

Die wirksamste Hilfe besteht darin, die Hilfsbedürftigen zu überzeugen, daß sie hilfsbedürftig sind, und die Fachkundigen helfen zu lassen. Diese Aufgabe ist besonders schwierig. Auch für drogenabhängige Jugendliche gelten in vollem Umfange die Verpflichtungen der Gesundheitsämter aufgrund des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten sowie § 126 des Bundessozialhilfegesetzes.

Beide Landschaftsverbände sind z. Z. bemüht, die Voraussetzungen für die stationäre Unterbringung drogenabhängiger Jugendlicher zu verbessern. Die gemeinsame Unterbringung mit anderen psychisch Kranken hat sich als ungünstig erwiesen. Daher sind bestimmte Abteilungen der Landeskrankenhäuser als Schwerpunkte für diesen Zweck vorgesehen, die in Zukunft weiter ausgebaut werden sollen.

Die Behandlung unterscheidet eine Entgiftungs-, eine Aufbau- und eine Festigungsphase. Vor allem die beiden letzteren Phasen erfordern neben ärztlichen Maßnahmen den verstärkten Einsatz von Psychologen und Sozialarbeitern in therapeutischen Gemeinschaften. Sowohl die sozialen Hintergründe wie die Suchtmotive und die Störungen der Persönlichkeitsstruktur bedürfen der Aufarbeitung im Gespräch. Nur wenn eine neue Lebensorientierung und -gestaltung möglich wird, sind dauerhafte Erfolge zu erwarten.

Für die Festigungsphase bietet sich die Unterbringung in einem Übergangshaus an, das sowohl dem Krankenhaus angeschlossen wie auch eine freie Einrichtung der Kommune sein kann.

4 Überwachung des Betäubungsmittelmißbrauchs

In letzter Zeit mehren sich die Fälle der Entwendung von Rezeptformularen und Arztstempeln aus Arzt- und Zahnarztpraxen, mit deren Hilfe in erster Linie Betäubungsmittel unrechtmäßig bezogen werden. Um dem Betäubungsmittelmißbrauch im Rahmen des Möglichen entgegenwirken zu können, ist eine schnelle Unterrichtung aller beteiligten Stellen erforderlich. Die Ärzte- und Zahnärztekammern sind daher gebeten worden, ihren Kammerangehörigen zu empfehlen, bei Verlust oder Diebstahl von Rezeptformularen, Stempeln o. ä. das Gesundheitsamt fernmündlich zu informieren. Bei der Weitergabe der Meldungen sollte zweckmäßigerweise wie folgt verfahren werden:

- 4.1 Das Gesundheitsamt unterrichtet fernschriftlich den Regierungspräsidenten, den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales und bei Rezept- oder Stempeldiebstahl die örtliche Kreispolizeibehörde (Kriminalabteilung).
- 4.2 Das Gesundheitsamt unterrichtet außerdem die Apotheken seines Bereichs, bittet sie, bei Vorlage eines gefälschten Rezepts die nächste Polizeidienststelle zu verständigen, und teilt dem Regierungspräsidenten seine Beobachtungen mit.
- 4.3 Der Regierungspräsident informiert fernschriftlich die Kreise und kreisfreien Städte — Gesundheitsämter — seines Bezirks, die entsprechend Nummer 4.2 verfahren sollen.
- 4.4 Die übrigen Regierungspräsidenten werden unterrichtet, um entsprechend Nummer 4.3 verfahren zu können.
- 4.5 Falls die in Verlust geratenen Gegenstände wiedergefunden bzw. sichergestellt worden sind, ist zu berichten, damit die Fahndung aufgehoben werden kann.

Referenten-Liste

Regierungsbezirk Aachen

Name	Anschrift
Dr. med. Hans Oskar BADER Kreismedizinalrat z. A.	516 Düren, Marienstraße Kreisverw. — Gesundheitsamt —
Dr. med. Maria BERGER Fürsorgeärztin	516 Düren, Marienstraße Kreisverw. — Gesundheitsamt —
Sigrid DICK-DEUSSEN Assistenzärztin	51 Aachen, RWTH Aachen, Abt. Psychiatrie
Dr. med. A. KAUFHOLD Facharzt f. Kinderkrankheiten	516 Düren, Wilhelmstr. 41
Dr. med. Helmut KOESTER Direktor d. Rh. Ld. Krkhs., Facharzt f. Neurolog. u. Psych.	516 Düren, Rheinisches Landeskranken- haus
Dr. Annemarie LINNARTZ Schulärztin	5023 Lövenich, Dachsweg 11
Dr. med. H. K. MITTELSTRASS Facharzt f. Pädiatrie	519 Stolberg, Steinfeldstr. 5
Dr. med. Otto SEIFERT Arbeitgem. f. Haltungs- u. Gesundheitserz. bei Kindern u. Jugendl. im Lande NW e. V.	516 Düren, Holzstr. 28
Dr. Hedwig SERVAIS	511 Alsdorf, Schulweg 1
Eckhard STEINMEYER Dipl.-Psychologe	51 Aachen, RWTH Aachen, Abt. Psychiatrie
Dr. med. Klaus WEHR Gerichtsmediziner u. Akademischer Rat	51 Aachen, RWTH Aachen, Abt. für gerichtl. Medizin

Regierungsbezirk Arnsberg

Name	Anschrift
Norbert BACHSTEIN Stadtsozialoberinspektor	463 Bochum, Städtisches Jugendamt
Dr. Karl BÖSENECKER Medizinaloberrat	47 Hamm, Nordenheideweg 15
Dr. E. BORN Oberarzt	4781 Benninghausen, Westf. Landeskrankenhaus
Hans-Dieter BRAUN Verlagslektor (Hoheneckzentrale)	47 Hamm, Jägerallee 27
Dr. med. Hubert DANNIGER Prakt. Arzt	5282 Ennepetal-Milspe, Esbecker Str. 8
Joachim DITTRICH Sozialarbeiter	47 Hamm, Heithofer Allee 64 Westf. Inst. f. Jugendpsych. u. Heil- pädagogik
Karlheinz DRESSEL Stadtsozialamtman	581 Witten, Städtisches Jugendamt
Dr. med. Helmut EBBERG Prakt. Arzt	5841 Holzem ü. Schwerte, Rosenweg 80
Dr. med. Helmut FELTEN Facharzt f. Nerven- und Gemütsleiden	47 Hamm, Bismarckstr. 38
Dr. med. Martin HAUPT Medizinalrat	596 Olpe/Biggesee, Gesundh.-Amt, Königsberger Str. 10
Dr. HEINEMANN Assistenzarzt	47 Hamm, Westf. Institut f. Jugend- psych. u. Heilpädagogik
Dr. Friedrich HEINEMANN Studienrat	47 Hamm, Werler Str. 121
Dr. med. W. u. G. HERTING	47 Hamm
Dr. med. Helmut HÜNNEKENS Landesmedizinaldirektor	47 Hamm, Heithofer Allee 64 Westf. Inst. f. Jugendpsych. u. Heil- pädagogik
Dr. KABISCH-THIESBÜRGER Obermedizinalrätin	4781 Benninghausen, Westf. Landeskrankenhaus
Dr. KEMPER Ltd. Landesmed. Direktor	4781 Benninghausen, Westf. Landeskrankenhaus
Dr. Walter KIRCHNER Obermedizinalrat	58 Hagen, Grashofstr. 41, — Gesundheitsamt —
Dr. Jaroslav KLOHS Oberarzt	46 Dortmund-Aplerbeck, Westf. Landeskrankenhaus
Dr. LEONHARDT Landesmedizinaldirektor	46 Dortmund-Aplerbeck, Westf. Landeskrankenhaus
Günter MÖLLER Psychologierat	463 Bochum, Städtisches Jugendamt
Dr. PETRASCH Obermedizinaldirektor	5778 Meschede, Kreisgesundheitsamt
Dr. med. Hans SCHREIBER	5963 Wenden/Biggetal 1, Hauptstraße
Ulrich SOLLMANN Ruhr-Universität Bochum	463 Bochum-Querenburg, Buscheystraße, Gebäude IB 6/88
Helmut TROCKA Jugendpfleger	46 Dortmund-Marten, Am roten Haus 31
Dr. TUCHT Landesobermedizinalrat	4788 Warstein, Westf. Landeskrankenhaus „Stillenberg“
Dr. med. N. WALTER	477 Soest, Walburger Str. 2
Dr. WEIDLER Obermedizinalrat	577 Arnsberg, Feldstr. 2
Dr. WOLF Landesmedizinaldirektor	4788 Warstein, Westf. Landeskrankenhaus

Regierungsbezirk Detmold

Name	Anschrift
Dr. med. Karlheinz BEIN Prakt. Arzt	49 Herford, D.-Pöppelmannswall 15
Dr. med. Rita BIMCZOK	479 Paderborn, Friedrichstr. 41
Dr. med. Leo BRÄKLING Prakt. Arzt	4905 Spenge, Bielefelder Str. 44
Dr. med. Dora DORR	49 Herford, Augustastr. 23
Dr. Marianne FUNKE	4813 Bethel bei Bielefeld, Bethelweg 14
Dr. HENNING Dipl.-Psychologe	483 Gütersloh, Westf. Landeskrankenhaus
Dr. MARX Landesmedizinaldirektor	483 Gütersloh, Fichtenstr. 20, Westf. Landeskrankenhaus
Dr. med. Karl-Heinz NIELING Prakt. Arzt	4832 Wiedenbrück, Hellingrottstr. 6
Dr. Karl OHNSORGE Facharzt f. Neurologie u. Psych.	479 Paderborn, Bahnhofstr. 7
Dr. med. Hanns PHILIPZEN Facharzt f. Nervenkrankheiten Chefarzt d. psych. Abt. des St.-Josef-Hospitals	349 Bad Driburg, St.-Josef-Hospital
Dr. med. R. SAALBACH Facharzt f. Chirurgie	483 Gütersloh, Köckerstr. 18
Dr. Fritz SCHELLER	4801 Borgholzhausen, Klockenbrink 36
Herr SCHWEDE Dipl.-Psychologe	483 Gütersloh, Westf. Landeskrankenhaus
Dr. med. W. SEELE Nervenarzt	498 Bünde, Victoriastr. 10
Dr. med. Helmut SIECKE jun. Facharzt f. Innere Krankheiten	4933 Blomberg/Lippe, Pideritplatz 4
Dr. med. K. H. THIENES	491 Lage/Lippe, Hindenburgstr. 7
Dr. med. Alrun UEBELHOER	4813 Bethel, Landgrafweg 12
Dr. VELTIN Landesmedizinaldirektor	483 Gütersloh, Westf. Landeskrankenhaus
Horst WEHOWSKY Landesmedizinaldirektor	4991 Haldem ü. Lübbecke, Westf. Landesheilstätte

Regierungsbezirk Düsseldorf

Name	Anschrift
Dr. med. van ACKEREN Prakt. Arzt	419 Kleve, Tiergartenstr. 19
Maria AYMANN Sozialarbeiterin	4 Düsseldorf 1, Eisenstr. 11
Dr. med. Max BACKES Dipl.-Psychologe	405 Mönchengladbach, Hermannstr. 7
Dr. H. BARGHOORN	405 Mönchengladbach, Schillerstr. 31
Paul ESSER Oberstudienrat	405 Mönchengladbach, Viktoriastr. 81
Dr. H. HERMANN Facharzt f. Hautkrankheiten	4152 Kempen/Ndrh., Burgring 7
Dr. med. Fritz KEINER Facharzt f. Innere Krankheiten	5602 Langenberg/Rhld., Krankenhaus
Peter KLUSS Stadtjugendpfleger	405 Mönchengladbach, Neuwerker Str. 16
Dr. med. Bernhard KNOCH Obermedizinalrat	4 Düsseldorf, Fritz-von-Wille-Str. 17
Dr. med. W. KONIETZKO Arzt	42 Oberhausen, Altmarkt 4
Dr. med. Günter KRAHEK Prakt. Arzt, Sportarzt	4 Düsseldorf-Gerresheim, Dreherstr. 204
Diedrich KRÜGER Sozialarbeiter	4 Düsseldorf-Zoo, Humboldtstr. 45
Dr. med. Heribert LANGE	4 Düsseldorf-Benrath, Hauptstr. 8
Dr. Margot LÖSKEN Facharzt f. Kinderheilkunde	4 Düsseldorf, Drususstr. 24
Dr. med. Walter MAUCH Arzt	4 Wittlaer, Bockumer Str. 147
Herr MERONK Sozialarbeiter	43 Essen, Stadtverwaltung — Jugendamt —
Dr. Eike NOACK	404 Neuss, Morgensternsheide 22c
Herr OFFERMANN Sozialarbeiter	43 Essen, Stadtverwaltung — Jugendamt —
Anne-Marie SCHMITZ Sozialarbeiterin	4 Düsseldorf-Grafenberg, Grafenberger Allee 355
Dr. med. E. SCHNOOR Arzt	5603 Wülfrath-Oberdüssel, Berg. Diakonie Aprath
Dr. med. M. SCHWERDTFEGER Ärztin	403 Ratingen, Düsseldorf Str. 75
Dr. med. Dankwart SOLLMANN	403 Ratingen, Lochnerstr. 23
Herr STEIN Stadtjugendpfleger	43 Essen, Stadtverwaltung — Jugendamt —
Dr. med. E. STEINBICHLER-WILLMS Hautärztin	4 Düsseldorf-Lörick, Haus Lörick, Apt. 329
Herr STEINMETZ Sozialarbeiter	43 Essen, Stadtverwaltung — Jugendamt —
Dr. med. Susanne W. THALTER	4051 Brüggen/Ndrh., In der Haag 7
Dr. R. WENZEL Facharzt f. Innere Krankheiten	4051 Korschenbroich, Borrenstr. 9

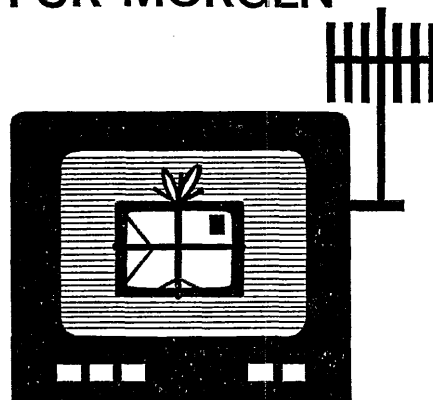
Regierungsbezirk Köln

Name	Anschrift
Dr. BRAASCH Nervenarzt	53 Bonn
Dr. Dr. Hans DRANSFELD Privat-Dozent Oberarzt im Hygiene-Institut der Universität Köln	5 Köln 41, Goldenfeldstr. 21
Dr. med. Hans FÖHST Facharzt f. Chirurgie Werksarzt	5 Pesch über Köln, Otto-Müller-Str. 5
Dr. Ingrid MOLITOR	507 Bergisch Gladbach, Am Mühlenberg 47
Dr. med. I. NAGEL Prakt. Ärztin	53 Bonn, Arndtstr. 24
Dr. med. Brigitte PENNER	5309 Meckenheim, Lessingstr. 25
Dr. QUENZER Landesobermedizinalrat	5 Köln-Deutz, Kennedy-Ufer 2, Landesjugendamt Rheinland
Dr. med. W. SCHIFGEN Prakt. Arzt	53 Bonn, Kaiserstr. 10
Dr. med. Günther VIERTH Facharzt f. Neurologie u. Psychiatrie	53 Bonn 1, Bonnzenter, Halle I 506, Bundeskanzlerplatz
Herr WETZ Soziologe	5 Köln-Nippes 60, Bülowstr. 5

Regierungsbezirk Münster

Name	Anschrift
Dr. med. P. Paul BRÜLS Facharzt f. Innere Krankheiten, Chefarzt d. Inn. Abteilung des St.-Marien-Hospitals	466 Gelsenkirchen-Buer
Dr. Konrad GREIN	466 Gelsenkirchen-Buer, Mühlenstr. 5-9, St.-Marien-Hospital
Dr. HELLWIG Landesmedizinalrat z. A.	454 Lengerich, Westf. Landeskrankenhaus
Dr. med. Anna HEUKAMP	4536 Brochterbeck, Kleeweg 26
Dr. med. Hanna KLEIN Prakt. Ärztin	4536 Brochterbeck, Dorfstr. 23
Dr. NEBINGER Facharzt	454 Lengerich, Westf. Landeskrankenhaus
Dr. med. Friedhelm RADERMACHER Prakt. Arzt	439 Gladbeck, Kirchhellener Str. 6
Dr. RICHARD Landesmedizinalrat	44 Münster, Postfach 774, Westf. Landeskrankenhaus
Dr. med. Oskar ULLRICH Facharzt f. Innere Krankheiten	4407 Emsdetten/Westf., Frauenstr. 10/12

DAS PROGRAMM FÜR MORGEN:



EIN PÄCKCHEN NACH DRÜBEN



Einzelpreis dieser Nummer 1,80 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Westdeutschen Landesbank, Girozentrale Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 15,80 DM, Ausgabe B 17,— DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.